PiS-Kandidat Karol Nawrocki gewinnt die Wahl in Polen -was bedeutet das für uns?

Der Historiker Karol Nawrocki hat die Präsidentenwahl in Polen knapp gewonnen. Nach Auszählung aller Stimmen kommt der rechtskonservative Kandidat auf 50,89 Prozent. Er liegt damit knapp vor seinem Rivalen Rafal Trzaskowski, der von der Linken unterstützt wurde: Der Pro-Europäer erhielt 49,11 Prozent.

Wenn ein Wahlsieger von den Mainstreammedien als „rechtskonservativ“ bezeichnet wird, dann ist man erst einmal geneigt, die Entscheidung der Wähler als positiv zu werten. Und dass Nawrocki EU-skeptisch ist, spricht auch erstmal nicht gegen den neuen Mann an der Spitze. Die EU hat sich in den vergangenen 15 Jahren arg bemüht, eine wachsende Skepsis gegenüber Brüssel aufzubauen.

Aber das überaus knappe Wahlergebnis belegt die tiefe Spaltung in unseren wichtigen östlichen Nachbarland.

Mit seinen 38 Millionen Einwohnern und einer wachsenden militärischen Streitmacht ist Polen in Europa bisher einer der wichtigsten Unterstützer der Ukraine in der Verteidigung gegen den russischen Aggressor.

Ob sich an der Haltung Polens bei diesem Thema etwas ändert?

Es bleibt abzuwarten, Nuancen von Veränderungen waren aber im Wahlkampf zu erkennen, als sich Nawrocki gegen einen Ukraine-Beitritt zur NATO aussprach.

Aber niemand in Polen macht sich Illusionen über das heutige Russland von Präsident Wladimir Putin. Zu leidvoll waren die Erfahrungen mit dem großen Nachbarn in der wechselvollen Geschichte Polens.

Doch die sich andeutenden Veränderungen könnten auch das Verhältnis zwischen Warschau und Berlin beeinträchtigen. Nawrocki ist parteilos, kandidierte aber unterstützt von der mächtigen rechten PiS-Partei. Er stellte im Wahlkampf klar, dass er auf Donald Trump und die USA setzt, wärmte gleichzeitig die alte PiS-Forderung nach Reparationszahlungen Deutschlands an Polen zum Ausgleich der Nazi-Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs auf. Und die EU? Polen werde sich von Brüssel nichts vorschreiben lassen, versicherte der Wahlsieger.

Im Wahlkampf erneuerte er die Forderung, die Bundesrepublik müsse Reparationen für die Schäden zahlen, die Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg in Polen verursacht habe.